

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

17.3.1923 (No. 75)

Karlsruher Tagblatt

Zeitungsspreis:
in Karlsruhe: in un-
terer Geschäftsstelle und in
unseren Ausgabestellen ab-
schließl. monatlich 4,800.—
bei Postbestellung monat-
lich 4,400.—
auswärts: durch un-
seren Agenturen bezogen
4,400.— durch die Post
zusätzl. Anzeigengebühr
4,400.— monatlich.
Einzelverkaufspreis: 150 A
Berlag, Schriftleitung und
Geschäftsstelle Mittelstraße 1,
Postfach 101, 6847
Karlsruhe.

Anzeigen:
die Ogefs. Anzeigenseite
oder deren Raum 4,350.—
auswärts 4,420.—
Anzeigenseiten und Stellen-
angebote 4,200.—; Kleinan-
zeigen 4,100.—; an erster
Stelle 4,200.—
Nachricht nach Tarif.
Anzeig.annahme 6, 8 Uhr
mittags; kleinere Anzeigen
spätestens bis 6 Uhr nachm.
Fernschreibkassen:
Geschäftsstelle Nr. 203,
Berlag Nr. 21 und 257,
Schriftleitung Nr. 20,
Ganzschreiber Nr. 19.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift **„Die Pyramide“** **Badische Morgenpost**
„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

120. Jahrg. Samstag, den 17. März 1923 Nr. 75.

Die deutsche Verhandlungsbasis.

Von Legationsrat Frhr. v. Rheinbaben, M. d. R.
Einer unserer außenpolitischen Mitarbeiter, Abgeordneter Frhr. v. Rheinbaben, weist seit voriger Woche in London. Ueber die Gründe seiner Reise hoffen wir, unseren Lesern in der nächsten Woche berichten zu können. Für heute übermitteln uns Frhr. v. Rheinbaben den Text einer Unterredung, die er einem Vertreter des Londoner „Daily Telegraph“ geführt hat. Die Ausführungen sind angelehnt an die erneuten Debatten im englischen Unterhaus von besonderem Interesse.

Der Vertreter des „Daily Telegraph“ stellte die Frage, ob die Formel „keine Verhandlungen“ während die Franzosen im Ruhrgebiet sind, weiterhin gültig sei.
Abgeordneter v. Rheinbaben: Lassen Sie mich erinnern, was Herr Cuno vor einigen Tagen sagte. Wenn frei von auswärtigen Druck wir einen Weg finden, der zur Bereinigung und Herrschaft zurückführt in einer öffentlichen Debatte unter Gleichberechtigten mit der Gegenseite, so wird die deutsche Regierung ihn gehen, aber sie wird nicht ihre Unterdrückung unter etwas legen, was sie nicht erfüllen kann.

Auf die Frage des Berichterstatters, ob eine legislative Maschine bestünde, die es für die deutsche Regierung unmöglich machen würde, die deutschen Reparationszahlungen zu verwenden, und wenn nicht, ob die bürgerlichen Parteien im Reichstag bereit seien, die notwendige Gesetzgebung ohne Bezug anzunehmen, erwiderte Frhr. v. Rheinbaben, eine legislative Maschine zur Verwirklichung von Forderungen durch Industrien bestünde noch nicht, aber als am 2. Januar endgültige Vorschläge nach Paris gelangt wurden, sei der Reichstag bereit gewesen, die notwendige Gesetzgebung anzunehmen. Die angebotene Summe hätte, wie bereits in der Woche gemeldet wurde, 30 Milliarden Goldmark erreicht. Entgegen dem, was gesagt wurde, seien die Ruhrmagazine bereit gewesen, sich zu verpflichten, die deutschen Vorschläge in Paris zu unterstützen. Rheinbaben untertrieb besonders, daß er in Anbetracht der Tatsache, daß er einer Partei angehört, die im Parlament den größten Teil der deutschen industriellen Interessen vertritt, keinen Zweifel über die Festigkeit des Anschlusses der Regierung und des Reichstages habe, alle Maßnahmen zu verwirklichen, die für eine lokale Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands notwendig seien.

Auf die letzte Frage, ob Deutschland bereit sei, auf eigenem freien Willen die Grenzen anzuerkennen, die ihm durch den Versailler Vertrag auferlegt worden sind, erwiderte Rheinbaben, auch in dieser Frage sei Deutschland der Fortschritt weit entgegengekommen. Die Franzosen sprechen jetzt mehr von nationaler Sicherheit als von Reparationen. Die Regierung Cuno habe angeboten, und zwar durch eigenen freien Willen, von neuem die Dignität Frankreichs anzuerkennen und zu versprechen, während einer Generation sich aller Angriffe zu enthalten. Dieser Vorschlag sei in dem Plan eingeschlossen gewesen, der den Alliierten in Paris unterbreitet worden sollte, aber Frankreich habe Deutschland nicht anhören wollen. Es sei auch wirklich ein Beweis der Grundsätzlichkeit der Arbeit der interalliierten Kommission bei der Entlastung Deutschlands und ein Beweis der Loyalität der deutschen Regierung bei der Durchführung der Bestimmungen des Versailler Vertrages, daß Deutschland unter der unerträglichen Herausforderung der französischen Forderung passiv bleiben mußte und nicht in der Lage war, die Waffen zu ergreifen, was jede andere Nation unter diesen Umständen getan haben würde.

Aber wenn Deutschland nicht anhängige Verhandlungen erhalten könne, sowie die oben erwähnte internationale Erörterung, werde es in dem nächsten Winter bis zum bitteren Ende anhalten. Das Reparationsproblem könne nicht endgültig gelöst werden ohne die Vermittlung internationaler Sachverständigen. Dies bedeute nicht, daß alles ihrer Entfaltung zu überlassen werden brauche. Wenn Verhandlungen der vorerwähnten Natur zustande kommen sollten, so werden den internationalen Sachverständigen die Initiative nur soweit zufallen, als es sich darum handele, die endgültige Gesamtsumme festzusetzen, die gezahlt werden müsse gemäß der Zahlungsfähigkeit Deutschlands.

Soweit Frhr. v. Rheinbaben. Aus seinen Äußerungen geht klar hervor, daß die gegenwärtigen Versuche Frankreichs unter Umwandlung einer internationalen Aussprache mit Deutschland in direkte Verhandlungen zu treten von uns zurückgewiesen werden müssen. Diese Verhandlungen sind für uns nur insofern von Interesse, als sie die Ruhrindustrialität Frankreichs und seine Entschlossenheiten über das misslungene Abenteuer klar erweisen.

Verstärkter Druck auf Deutschland.

V. Von unserer Berliner Redaktion wird uns ge-
drachtet:
Auch heute liegt eine große Anzahl ausländischer Pressestimmen vor, die von angeblichen Interventionsabsichten und von neuen Plänen der deutschen Regierung zu berichten wissen. Das beweist das große Interesse des Auslandes an der Frage der künftigen Liquidation des Ruhrkonfliktes. Es muß dabei erneut darauf hingewiesen werden, daß die Haltung der deutschen Regierung weder zu dem Reiterdementi über die Interventionsabsichten der englischen Regierung Anlaß gegeben hat, noch zu den sehr lebhaften Erörterungen der Ententepresse über die Verhandlungsmöglichkeiten. Es ist selbstverständlich — und es braucht in diesem Zusammenhang ja nur auf die letzte Rede des Kanzlers im Reichstag verwiesen zu werden —, daß man in Berlin sich nicht die Möglichkeiten zu Verhandlungen verbauen wird, aber es ist auf der anderen Seite gegenüber allen Meldungen, mit denen uns das Ausland jetzt überschüttet, die allergrößte Skepsis am Platze. Es liegt, wie nochmals betont sein mag, nichts vor, was die Erwartungen auf rasche Erledigung des Ruhrkonfliktes rechtfertigen könnte. Die Lösung für Deutschland kann vielmehr nach wie vor nur lauten: Fortsetzung des passiven Widerstandes. Eine andere Lösung ist heute, will man Politik auf lange Sicht treiben, für Deutschland unmöglich.

Am stärksten kommen die Absichten Frankreichs in einem neuen Pariser Telegramm des „Newport Herald“ zum Ausdruck, demzufolge Frankreich und Belgien ebenso sehr wie Deutschland den Beginn von Verhandlungen wünschen, aber allgemein werde in Pariser Kreisen erklärt, daß der erste Schritt von Deutschland ausgehen müsse und daß Deutschland diesen auch innerhalb der nächsten beiden Wochen unternehmen werde. Dem Staatssekretär Hughes sei mitgeteilt worden, daß Frankreich jedes Angebot aus Berlin in ernste Erwägung ziehen wolle, vorausgesetzt, daß das System der etappenweisen Räumung des Ruhrgebietes von Deutschland angenommen werde. Frankreich wünsche auch, daß die Angebote Deutschlands der französischen Regierung direkt zugehen mögen und nicht der Reparationskommission; falls Deutschland seinen Vorschlag der Reparationskommission erstatte, müßten England und Italien zu den Besprechungen hinzugezogen werden, was neue Komplikationen hervorgerufen würde. Sodann wird in der Pariser Information des „Newport Herald“ der französischen Absicht Ausdruck verliehen, in derartigen Verhandlungen, die nur das französische Prestige zu schonen hätten, die deutsche Zahlungssumme erheblich herabzusetzen.

Auch diese Meldung des amerikanischen Blattes stammt ebenso wie die getriggerte an dieser Stelle kommentierte Meldung bezeichnenderweise aus Paris. Das zeigt also auf französische Quellen. Sie drückt, soweit das überhaupt noch möglich ist, noch viel härter als die getriggerte Meldung die französisch-belgische Verhandlungssehnsucht aus und konzentriert die Bedingungen, unter denen man in Paris und Brüssel das Ruhrgebiet räumen will. Zu diesen Bedingungen ist erstens zu sagen, daß für Deutschland, das mitten im Frieden widerrechtlich und mit brutaler militärischer Gewalt überfallen worden ist, sein Grund vorliegt, den ersten Schritt zu tun. Was nun das von französischer Seite vorgeschlagene System der etappenweisen Räumung des Ruhrgebietes betrifft, so ist deutscherseits bereits hinlänglich betont worden, daß diese Zumatung zurückzuweisen ist, weil sie mit der Ehre des Reiches unvereinbar ist. Noch unmöglicher ist der Vorschlag, deutsche Angebote direkt an Frankreich, nicht an die Reparationskommission, gehen zu lassen. An dem vom Reichskanzler kundgegebenen Standpunkt, daß Deutschland nur mit der Gesamtheit der Alliierten verhandelt, hat sich nichts geändert.

Gerüchte.

v. Paris, 16. März. (Drahtber.) Der halbamtliche „Petit Parisien“ schreibt: Ein Bericht des deutschen Vorkämpfers Schamer im Foreign Office am Mittwoch scheint zu phantastischen Anlässen gegeben zu haben. In London ist hinwiederum das Gerücht verbreitet worden, daß die deutsche Regierung sich an die englische Regierung um die Uebermittlung von Vorschlägen für eine Regelung der Ruhrfrage an die französische und belgische Regierung gewandt habe. Bisher sei es durch nichts bestätigt worden, daß die deutsche Regierung derartige Absichten habe. In London sei man sich auch klar darüber, daß ganz allgemein jeder Vermittlungsversuch von Frankreich und Belgien als ein wenig freundschaftlicher Akt angesehen würde. Ueberdies scheint die Ansicht der offiziellen englischen Kreise dahin zu gehen, daß, wenn Deutschland Vorschläge mache, diese absichtlich unzureichend gestellt würden und ausschließlich den Zweck hätten, der Propaganda bei den Anwohnern des gegenwärtigen Kampfes Vorschub zu leisten. Unter diesen Umständen

würde jeder deutsche Schritt in der angeführten Art in London verschlossene Türen finden. Deutschland wisse ohne Zweifel, woran es sich in dieser Beziehung zu halten hat. Es wisse auch, daß, wenn es ernstlich verhandeln wolle, der Vermittler im voraus bestimmt sei: die Reparationskommission.

London, 16. März. (Eig. Drahtber.) Wie die „Morning Post“ von ihrem Washingtoner Korrespondenten erfährt, wird die Regierung der Vereinigten Staaten eine von einer im Ruhrkonflikt neutralen Macht zu Gunsten der Beilegung des Ruhrkonfliktes eingeleitete Intervention untersuchen.

v. London, 16. März. (Drahtber.) Reuter meldet aus Washington, Hughes habe ein amtliches Dementi der Pressemeldung, wonach Großbritannien Vorschläge für eine amerikanische Vermittlung zwischen Frankreich und Deutschland in der Ruhrfrage gemacht haben soll, veröffentlicht lassen.

Die Krise in der französischen Industrie.

Eine bedeutende französische Stimme.

Paris, 16. März. (Drahtbericht.) Was von den großsprecherischen Reden, von den in Fanfaren tönen gehaltenen Zeitungsartikeln der Regierung zu halten ist, darüber klärt heute in ganz überzeugender Weise das Organ der französischen Schwerindustrie, das „Journé Industrielle“, die öffentliche Meinung Frankreichs auf. Bezüglich der Lage der französischen Schwerindustrie schreibt das Blatt: Auf den Salzen der Ruhr liegen 400 000 Tonnen Koks, auf die Frankreich Anspruch hat. Sie würden genügen, um zwei Monate einen gewissen Grad der Tätigkeit unserer Hochöfen zu sichern, von denen 80 bis 90 geschlossen sind. Bis jetzt haben die Deutschen alles getan, um die Abbeförderung zu verhindern. Die zeitweise Arbeitslosigkeit in unserer Metallindustrie ist in der Tat die beste Waffe, über die sie gegen uns verfügen.

Das Blatt betrachtet die Ruhrfrage von zwei Gesichtspunkten. Erstens: Seit Beginn der Ruhroperation seien nach Frankreich aus Deutschland nicht mehr als 10 Waggons Koks herausgekommen. Die Franzosen haben dadurch bis jetzt etwa 20 Millionen Franken verloren, da die Industrie trotz alledem ihre Arbeiter habe beschäftigen wollen. Auschlaggebend sei aber nicht dieser Verlust, sondern die Tatsache, daß künftig Tausende von französischen Arbeitern zum Feiern gezwungen würden, daß der Metallpreis steigt wie alle anderen Preise und daß gerade die in der Pariser Gegend so zahlreichen Industriezweige von Arbeitslosigkeit stark bedacht würden. Das Ansteigen der Preise, die Arbeitslosigkeit und der Verwahr, der daraus entstehenden Wut, wäre gerade den Sozialisten erwünscht. Zweitens: Wenn die französischen Gewerkschaften und die alliierte Industrie Arbeitslosigkeit und Feuerung heranziehen sieht, räumen sich die Industriellen im nichtbesetzten Deutschland, daß sie Kohlenvorräte oder Importstoffe für drei Monate hätten. Wenn man das so weiter gehen lasse, müsse die Ruhrbesetzung zu einem zwecklosen Unternehmen werden. Wenn die Besetzung eine Zwangsmassnahme sei, so müsse der Zwang wirksamer durchgeführt werden. Sei die Besetzung keine Zwangsmassnahme, so habe sie keinen Zweck. Man habe jetzt 2½ Monate an der Ruhr gekämpft. Jemand etwas hätte man dabei herausbringen müssen. Wenn die Regierung jetzt den Beschluß gefaßt habe, die Salzen zu räumen, so verfolge sie doch sicher über die Mittel dazu, diese Räumung vorzunehmen. Bekäme sie diese Mittel nicht, so sei der Entschluß zum Unheil gefaßt worden.

Die Franzosen haben es sich viel einfacher gedacht.

Berlin, 16. März. (Drahtber.) Lady Asquith, die sich gegenwärtig im Ruhrgebiet aufhält, hatte nach einer Mitteilung der „Post“ eine längere Unterredung mit General Degoutte und dem Chef der Ingenieurkommission. Nach den Äußerungen der Dame hätten diese Herren in einer ungewissen, pessimistischen Weise von der Zukunft gesprochen. Aus ihren Worten sei hervorgegangen, daß sie sich die Sache doch viel einfacher gedacht hätten und daß sie sich jetzt vor der schweren Aufgabe sehen, den durch den Einbruch verursachten wirtschaftlichen Wirrwarr wieder in Ordnung zu bringen.

Nach beim Bergarbeiterverband in Essen ist Lady Asquith gewesen. Nach einer Unterredung mit den Gewerkschaftsführern ließ sie sich einen Bergmann holen, der praktisch unter Tage arbeite, und unterließ sich mit ihm etwa eine halbe Stunde lang über alle Arbeitsverhältnisse und Zustände auf den Höhen. Auf ihre Frage, warum jetzt Arbeiter und Arbeitgeber, zwischen denen doch sonst schwere Gegenstände beständen, in einer Front ständen, antwortete der Bergmann, in der gegenwärtigen Zeit gebe es nur eine Front, die von allen Deutschen gebildet werde und sich gegen die Eindringlinge richte. Es handle sich jetzt darum, deutschen Boden und deutscher Hände Werk zu verteidigen.

Ueber die Lage äußerte sich der Bergmann sehr optimistisch. Er sei überzeugt, daß es den Franzosen unmöglich sei, mit fremden Arbeitern jemals einen einigermaßen rationalen Betrieb selbst auf der kleinsten Grube bewerkstelligen zu können. In gleicher Weise äußerten sich Lady Asquith gegenüber eine Reihe anderer Bergleute, die der Korrespondent der „Post“ später zu sprechen Gelegenheit hatte.

Ein Bergmann grundlos von Franzosen erschossen.

v. Münster, 16. März. (Drahtber.) Am 14. März wurde in Necklinghausen in der Nähe der Beche Blumental der Bergmann Hoffmann grundlos von französischen Soldaten erschossen.
Die einzige im Kreise Dinkelsbühl erscheinende Zeitung, der „Dinkelsbühlener Generalanzeiger“, wurde vom 16. bis 22. März verboten.
Der Bürgermeister von Hattlingen ist wegen Nichtbefolgung französischer Befehle verhaftet worden.

Deutsche als Geiseln auf von Franzosen gefahrenen Zügen.

v. Essen, 16. März. (Eig. Drahtber.) Auf der militarisirten Strecke Essen—Sieckel führen die Franzosen auf den von ihnen gefahrenen Zügen als Geiseln die in Steele verhafteten Herren Amtsgerichtsrat Dr. Kadish u. Geheimrat Dr. Birch mit, aus Furcht vor Sabotage. Dr. Kadish mußte bereits heute morgen um vier Uhr die Lokomotive besteigen. Beide Herren befinden sich in Kettwig, in einem menschenunwürdigen Quartier.

Heldentaten der Belgier in Rheynid.

v. Rheynid, 16. März. (Drahtbericht.) Heute morgen erschien im Rathaus ein belgischer Offizier mit einem Soldaten, um die zur Auszahlung an die Erwerbslosen bestimmten Gelder wegzunehmen. Während die Belgier zu der unmittelbaren neben dem Rathaus liegenden Sparkasse hinübergingen, wurden gerade 100 Millionen Mark städtischer Gelder von der Stadtkasse zur Sparkasse gebracht. Die das Geld befristenden drei Sparkassenbeamten und der Direktor der Sparkasse Kimmel wurden von den Belgiern sofort verhaftet und zunächst nach Mönchengladbach gebracht. Die 100 Millionen Mark sowie 5 Millionen Mark Gelder für Erwerbslosenfürsorge, die noch nicht aus dem Rathaus fortgeschafft waren, wurden bei 10 g-nahmt.

Um 12 Uhr mittags versammelte sich die gesamte Beamtenschaft, die Angestellten der städtischen Verwaltung und zahlreiche Vertreter der städtischen Betriebe im Rathaus und es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der gegen das Vorgehen der belgischen Besatzung scharfster Einspruch erhoben wurde und sofortige Freilassung der in Ausübung ihres Dienstes verhafteten Beamten verlangt wird. Zum Zeichen des Protestes hielten die städtischen Beamten und Arbeiter bis abends den Dienst ein.

Die türkischen Gegenvorschläge.

v. Paris, 16. März. (Drahtbericht.) Die türkischen Gegenvorschläge sind jetzt in Paris eingetroffen. Die Türken stellen nach dem „Petit Journal“ folgende Forderungen:
1. Die Insel Kastellorica, die jetzt in italienischem Besitze ist.
2. Was die gerichtlichen Garantien anlangt, so gedenken sie den Ausländern nur eine Beschränkung im Falle einer Verurteilung durch die türkischen Gerichte zuzugestehen. Sie kommen nieder auf den Vorschlag zurück, den in Kaufanne in der letzten Minute der italienische Delegierte Montagna vorlegte, den aber die Alliierten zurückgezogen haben.

3. Die Türken weigern sich, die von Konstantinopel Gerichten während der Besetzung gesprochenen Urteile anzuerkennen.
4. Sie verlangen das Recht, den Fremden die Ausübung gewisser Berufe zu unterlagen.
5. Sie wollen sich das Recht vorbehalten, durch Steuerbefreiung die türkische Industrie zu begünstigen, was, wie das Blatt erklärt, dazu führen könnte, daß die ganze Steuerlast auf die Ausländer fällt.
6. Die Türken wollen durch Zollmaßnahmen die Möglichkeit sichern, gewisse Kontrollen in die Hand zu bekommen.
7. Sie verlangen die Zurückzahlung gewisser von den Türken im Jahre 1914 verausgabten Summen.
8. Sie lehnen die Unterzeichnung des Friedensvertrages durch die Tschecho-Slowakei, Belgien, Polen und Portugal ab, weil diese Unterzeichner des Vertrages von Sevres sind.
9. Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertragswurdes von Kaufanne sollen aus dem Vertrag herausgelöst werden.

Aus dem besetzten Baden.

t. Offenburg, 16. März. Ueber die Ausreibung des Bahnpersonals auf der Strecke Appenweier-Kehl wird u. a. noch folgendes bekannt: Die Franzosen kamen teils zu Fuß, teils auf einer Lokomotive an die einzelnen Wartstationen auf der Strecke Appenweier-Kehl heran und forderten die Bahnbeamten auf, sich innerhalb einer eintägigen Frist in Kehl zur Aufnahme des Dienstes unter französischer Verwaltung zu melden. Mit welcher Rücksichtslosigkeit dabei vorgegangen wurde, geht daraus hervor, daß ein Eisenbahnbeamter, Vater von sieben Kindern im Alter von 14 bis 2 Jahren mit einer kränklichen Frau, sofort seine Wohnung räumen mußte, nachdem er sich geweigert hatte, in französische Dienste zu treten. Die Aufregung über die rücksichtslose Ausreibung hat der kränklichen Frau derart geschadet, daß sie noch an demselben Tage in das Krankenhaus gebracht werden mußte.

Eine neue Ausweisung.

t. Appenweier, 16. März. Der Vorstand des hiesigen Postamts, Oberpostmeister Sommer, ist von den Franzosen ausgewiesen worden, weil er sich geweigert, Anfragen der Besatzungsbehörde zu beantworten. Seine Dienstwohnung muß Oberpostmeister Sommer bis zum 18. März geräumt haben.

Verbot der „Kocher Zeitung“.

w. Kehl, 16. März. (Drahtber.) Die „Kocher Zeitung“ ist wegen Wiedergabe von Mitteilungen des W.T.B. über die Ermordung zweier französischer Offiziere in Buer auf drei Tage verboten worden.

t. Mannheim, 16. März. Die Kontrolle durch die französischen Posten ist neuerdings wieder sehr verschärft worden. Sie halten nicht nur jedes Fahrzeug, sondern auch einzelne Passagiere an, die aus dem Besatzungsgebiet durch die Industriestraße nach Stadtimmern wollen und zwingen sie zur Umkehr über den Lutzerath. Auch die Fußgänger werden darauf kontrolliert, ob sie keine Waren bei sich führen.

Unterbringung der aus dem Ruhrgebiet Ausgewiesenen in den Schwarzwalddörfern.

t. Bilsingen, 16. März. In einer Konferenz der Ortsausschüsse des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Kartelle der Christlichen Gewerkschaften des Schwarzwaldbes wurde eingehend die Fremdenverkehrsfrage besprochen und beschlossen, den Ministern des Innern zu erfragen, für dieses Jahr den Fremdenverkehr zu unterbinden und für den Fall der ministeriellen Zustimmung zu diesem Entschluß alle Maßnahmen zu treffen, damit diesem Standpunkt Rechnung getragen wird. Die Konferenzteilnehmer legten in einer Eingabe an das Ministerium des Innern nieder, daß auch im letzten Sommer die denkbar schlechtesten Erfahrungen mit den Ausreisenden gemacht worden seien. Die Arbeitnehmerschaft habe unter der hierdurch veranlassenen Preissteigerung überaus empfindlich zu leiden. Sie wolle bis in die höheren Beamtentriebe ein solches Leben führen, das bei dem kurzweiligen Leben der Fremden auch selbst nicht ohne Einfluß bleibe. Die unerträgliche Lage werde weiter dadurch erschwert, daß die meisten Fremden an Milch, Butter, Eier usw. mangeln, was ihnen in die Finger kommt und jeden Preis bezahlt. Dem Minister des Innern wird der Vorschlag gemacht, die von der französischen Besatzung aus dem Ruhrgebiet und Baden in den Schwarzwalddörfern unterzubringen. Dieser Vorschlag liegt auch im Interesse der Binderung der Wohnungsnot der Städte.

Aus der Pfalz.

Ludwigshafen, 16. März. Die französische Besatzungsbehörde ließ in Kaiserslautern drei Mitglieder der Kommunistischen Partei verhaften, angeblich wegen antimitarischer Propaganda, außerdem nahm sie bei einer Anzahl weiterer Kommunisten Hausdurchsuchungen vor.

Zur Erinnerung an Otto Wundelmann.

Von Professor Dr. H. Kaiser, Oberarchivar im Reichsarchiv.

Unverwartet hat der Tod am 26. Februar in Freiburg i. Br., wo er eine neue Heimat gefunden hatte, den langjährigen Leiter des Straßburger Stadtarchivs, Professor Dr. Otto Wundelmann, im Alter von 65 Jahren hinweggenommen. Die oberrheinische Geschichtsforschung, die Elsaß-Lothringische insbesondere, und hier wieder die Straßburger, verlieren in ihm einen ihrer eifrigsten Arbeiter. Es ist eine Pflicht der Dankbarkeit, dieser mehr als vier Jahrzehnte umspannenden stillen Tätigkeit mit ein paar Worten hier zu gedenken.

Norddeutscher von Geburt, ist Wundelmann früh ins Elsaß gekommen. Juristische und historische Studien führten ihn nach Karlsruhe, Heidelberg, Berlin, Jüdisbrunn und Straßburg; die junge Kaiser-Wilhelms-Universität sollte ihn am längsten fesseln und ihm die Richtung für sein späteres Wirken weisen. Paul Scheffer-Bohndorf und Hermann Baumgarten sind ihm in der Geschichtswissenschaft die Führer gewesen; unter Scheffers Leitung vollendete er die Erstlingschrift über Kaiser Karl IV. und seine Beziehungen zum Arelat, Baumgarten vermittelte keine Vermählung bei dem unter des Oberpräsidenten Moeller Verwaltung und zwar bei der zweiten Heirat, der Politischen Korrespondenz im Zeitalter der Reformation. Er wies damit den früheren Schüler in ein Arbeitsgebiet, wie es reizvoller und lohnender kaum gedacht werden konnte: in Straßburg, auf der Grenze zwischen Deutschland und Frankreich, hatte die europäische Stellung des neuen Weltkennnisses, wie mit Recht immer wieder betont worden ist, ihren wichtigsten Mittelpunkt, aber

Die kürzlich in Mannheim wegen Anklebens kommunistischer Plakate verhafteten drei Kommunisten sind nach ihrer Einlieferung nach Ludwigshafen von den Franzosen schwer mißhandelt und gegen ihren Willen zur Unterzeichnung eines Schriftstückes gezwungen worden. — Die Franzosen verüben nunmehr, auch die Frauen der Eisenbahner zu beeinträchtigen in der Erwartung, daß diese ihre Männer zur Wiederaufnahme der Arbeit in französischen Diensten bewegen.

t. Ludwigshafen, 16. März. Ausgewiesen wurden neuerdings zehn pfälzische Zollbeamte. Die Familien der Ausgewiesenen erhielten eine Frist von vier Tagen. Ferner wurden zwei Eisenbahner ausgewiesen, darunter ein Eisenbahninspektor, weil er sich geweigert hatte, eine auf einen Militärzug sich beziehende Anordnung zu vollziehen.

w. Ludwigshafen a. Rh., 16. März. (Drahtber.) Von dem französischen Volksgericht in Landau wurden die Eisenbahngesellen Bayer und Michal, beide aus Frankenthal, wegen Propaganda für die Ruhrstreike zu je 5000 Mk. Geldstrafe, Bayer außerdem noch zu 70 Tagen Gefängnis verurteilt.

Auf den militarisierten Strecken sind die Umfahrvogelungen teilweise unbefestigt und nur bewacht. — Die Franzosen befördern ihre Schnellzüge vereinzelt mit Güterzugslokomotiven.

Zeitungverbote im Saargebiet.

Saarbrücken, 16. März. Auf Grund der am 12. März in Kraft getretenen Notverordnung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit im Saargebiet sind verboten worden: für sechs Monate: „Der Saarfreund“ in Berlin, „Der wahre Jakob“ in Stuttgart und der „Simplicissimus“ in München; für vier Wochen: die „Humanität“ in Paris und die „Deutsche Zeitung“ in Berlin; für zwei Wochen: die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ in Saarbrücken.

Aus dem Ruhrgebiet.

Neue Truppenbewegungen der Franzosen. Berlin, 16. März. Aus dem südlichen Teil des besetzten Gebietes wird der „Voss. Stg.“ von starken Truppenbewegungen berichtet. Der südlich der Wupper um die englische Zone gelegte Wogen ist im Laufe des gestrigen Tages wieder erweitert worden. Die Orte Ruenderat und Ditt. Berghausen sind von den Franzosen besetzt worden.

Neue Verhaftungen und Verurteilungen.

Necklinghausen, 16. März. Der stellvertretende Vorsitzende des hiesigen Postamts, Postamtmanu Bärkel, wurde von den Franzosen ohne Angabe von Gründen verhaftet. Er war bereits vor einigen Tagen verhaftet, aber wieder freigelassen worden. — Der Postdirektor Scherbaum wurde zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten und 20000 M. Geldstrafe verurteilt und nach Zweibrücken abtransportiert. Postmeister Salmann aus Barten wurde in derselben Verhandlung zu einer Geldstrafe verurteilt. Der gesamte Telegraphen- und Fernsprechverkehr ruht in Necklinghausen seit dem 13. vollständig. — In einer Sitzung des Militärpolizeigerichts vom 13. März wurde der Postmeister Kolnberg aus Buer zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten und 500 Francs Geldstrafe verurteilt, weil er gegen die Besetzung des Postamts durch einen französischen Posten Verwahrung eingelegt hatte.

Witten, 16. März. Oberbürgermeister Lauer von Witten wurde vom französischen Kriegsgericht in Stodum zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Strafe erfolgte, weil der Bürgermeister sich geweigert hatte, den Befehlen der Franzosen nachzukommen.

Münster, 16. März. Der Bürgermeister von Linen wurde vom französischen Kriegsgericht in Gostrop zu vier Wochen Gefängnis und einer Million Mark Geldstrafe verurteilt, weil er sich geweigert hatte, für die französischen Besatzungstruppen Lichtanlagen legen zu lassen.

Französische Verhaftungsversuche.

Berlin, 16. März. Die die „Voss. Stg.“ aus Buer berichtet, ist die Verhaftung außerordentlich bemüht, die deutschen Auslagen über die Vorgänge unwirksam zu machen. In der gestrigen Nacht wurden die Büroräume der Kriminalpolizei durchsucht und mehrere Kriminalbeamte festgenommen. Ebenso wurde das Rathaus nach Abschriften der Zeugnisauslagen durchsucht.

Paris, 16. März. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf ist das Personal der Firma Mannesmann infolge der Besetzung der Automotivwerke durch die Franzosen in den Streik getreten. Die Besetzung erfolgte, weil die Düsseldorf Automotivfirmen es abgelehnt hatten, die französischen Wagen ins Land zu lassen.

Berlin, 16. März. (Drahtber.) Die beiden von den Franzosen verhafteten deutschen Augenzeugen des Attentats auf die französische Offiziere in Buer, der Gastwirt Sandmann, vor dessen Lokal die Offiziere erschossen wurden, und der Bergmann Winkler, sind unbekannt wohin weggebracht worden. Die deutschen Kriminalbeamten haben ihre Ermittlungen in der Angelegenheit eingestellt, da ihre Arbeit durch die Besatzungsbehörde vollständig verhindert wird.

Englische Arbeiter besetzen das Ruhrgebiet.

London, 16. März. (Drahtber.) Eine Abordnung der englischen Arbeiterpartei wird demnächst das Ruhrgebiet besetzen, um dort die Lage an Ort und Stelle zu untersuchen. Die Abordnung besteht aus den Abgeordneten Adamson, Shaw und Duxton, sowie General Thomson als Berater.

Deutscher Reichstag

t. Berlin, 16. März. (Nachmittags 2.20 Uhr.) Am Regierungstisch Finanzminister Dr. Hermes. Ein Gesetzentwurf, der die Gebühren für die Ausstellung von Arbeitsbüchern festsetzt, wird unter Ablehnung eines kommunistischen Antrages auf kostenlose Ausfertigung der Bücher angenommen. Angenommen wird ferner der Gesetzentwurf zur Verlängerung der Zahlungsfrist der Weine des Jahresgangs 1922 bis zum 31. Juli. Auf der Tagesordnung steht dann ein Antrag aller Parteien auf Erhöhung der Unterstützung der Rentenempfänger der Invaliden- und Angelegenheitsversicherung. Die Erhöhung soll das vier- bzw. fünffache der bisherigen Sätze ausmachen.

Abg. Malzahn (Komm.) fordert Erhöhung auf das sechs- und neunfache.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß die vorgeschlagene Erhöhung der Vorlage der Steigerung der Feuerung entsprechende.

Abg. Karsten (Soz.) verteidigt das Kompromiß, dem sich auch im Ausschuß die Kommunisten angeschlossen haben. Es komme hier auf einen einmütigen Beschluß an, damit der Reichsrat nachgiebiger und das Inkrafttreten nicht durch einen Einspruch bis nach Ostern verzögert wird. Der kommunistische Antrag wird abgelehnt und die Vorlage darauf einstimmig angenommen.

Die zweite Lesung des Kohlensteuergesetzes.

Abg. Leopold (D.M.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses, der an einer Kohlensteuer von 40 Prozent festgehalten hat, nachdem die Reichsregierung erklärt hatte, daß sie eine Ermäßigung erwäge, wenn der Reichskohlenrat sie für geboten erachte. Der Ausschuß schlägt eine Entschädigung vor, die die Regierung erstucht, eine Nachprüfung der Steuerhöhe durch den Reichskohlenrat vornehmen zu lassen und den charitativen und kirchlichen Anstalten, sodann minderbemittelten Bevölkerungsteilen den Bezug von Hausbrandstoffe für den kommenden Winter zu verbilligen. Weiter wird in einer Entschließung die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung die in den Monaten September bis Dezember 1922 den Besatzungsbehörden gestandenen Beträge der Kohlen-

steuer, soweit sie noch nicht bezahlt sind, sofort einzieht.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes wiederholt die im Ausschuß bereits abgegebene Erklärung, daß die Reichsregierung sich den wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht verschließen werde und daß sie bereit ist, einen Beschluß des Reichskohlenrates auf Ermäßigung der Kohlensteuer zur Grundlage ihrer Entscheidung zu nehmen. Der Minister fährt fort: Ich gehe darüber hier noch einen Schritt hinaus. Die Reichsregierung ist bereit, ihrerseits auf Grund des § 11 die Initiative zu einer noch festzusetzenden Ermäßigung der Kohlensteuer zu ergreifen (Beifall), allerdings unter einer Voraussetzung, nämlich, daß auch der Bergbau seinerseits bereit sein wird, in gleicher Weise an einer Senkung der Kohlenpreise mitzuwirken, wie die Regierung, die alles zu tun entschlossen ist (Sehr gut links).

Abg. Girbit (Soz.) glaubt nicht, daß der Reichskohlenrat leichten Herzens eine Ermäßigung der Kohlensteuer vornehmen werde.

Der grundlegende § 1 wird mit 295 gegen 8 Stimmen der Kommunisten bei einer Enthaltung angenommen. (Pfeiferei der Kommunisten, Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Fröhlich (Komm.) beantragt bei § 4, wonach die Steuer erst im Monat nach Lieferung der Kohlen fällig wird, die sofortige Einziehung der fälligen Kohlensteuerbeträge unter Berücksichtigung der Geldentwertung.

Der kommunistische Antrag wird gegen die Linke abgelehnt, der § 4 wird angenommen, ebenso auch die Ermächtigung für den Reichsfinanzminister, Halbenjahresbeträge gegebenenfalls steuerfrei zu belassen.

Ein weiterer kommunistischer Antrag, Rentenempfänger usw. durch Gemeinden oder Gewerkschaften steuerfrei aus dem Bereich der Steuer abzugeben, wird abgelehnt. — Das Gesetz wird schließlich ohne weitere wesentliche Debatte in zweiter und dann auch in dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 2 Uhr. Tagesordnung: Kleine Vorlagen; Postministerium. — Schluß 7 Uhr.

Der Reichsbahn-Etat.

w. Berlin, 16. März. (Drahtber.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages beendigte der Reichsverkehrsminister Gröner seine gestrigen Ausführungen gelegentlich der Erledigung des Etats seines Ministeriums. Der Minister betonte u. a. daß die Arbeitsintensität des Eisenbahnpersonals in recht erfreulicher Weise angenommen habe und die großen Verkehrsleistungen in der Herbstkampagne einen deutlich bemerkbaren Aufschwung zeigten. Auch der Personenerfolg sei im letzten Jahr reger gewesen. Gegenwärtige Schwierigkeiten zeigten sich hauptsächlich nur bei der Bewältigung des enorm angewachsenen Berliner Stadt- und Ringbahnverkehrs. Der Minister sieht eine Abhilfe nur in der Elektrifizierung des Berliner Verkehrs. Der ordentliche Etat der Reichsbahn für 1923 schließt mit rund 10 Milliarden ab, der außerordentliche mit rund 2 Milliarden Mark. Interessant sei, daß trotz des Anwachsens des Personals der Anteil der Besoldungsstellen für die planmäßigen Eisenbahnbeamten in der Gesamtsumme der Ausgaben sich gegenüber 1913 von 18,91 auf 13,62 Prozent ermäßigt hat. Dagegen sei beispielsweise der Kohlenanteil der Kosten von 7,47 im Jahre 1913 auf 26,5 gestiegen. An die Ausführungen des Ministers schloß sich eine allgemeine Ansbprache.

Die neuesten Telegramme

findet man frühmorgens schon im „Karlsruher Tagblatt“, weil es nachts um 12 Uhr erst gedruckt wird.

über den Badischen und den Nassauischen Hof und der Anfall über das Draehenschloß als Baden-Durlacher Hof.

So ist Wundelmanns Leben für immer mit Straßburg verknüpft, mit dessen Vizebürger er auch außeramtlich mancherlei durch den Weltwinn menschlicher Beziehungen wertvolle Bekanntheit erlangte. Weisgericht und ein warmer Freund der Natur hat er momentlich der Ortsgruppe des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins ein gut Stück seiner freien Zeit widmet, die Straßburger Hütte in Bararoben ist unter seiner Vorherrschaft entstanden. Auch den Vögelern, namentlich dessen historisch-literarischen Zweigvereinen, hatte er sich durch tätige Mitwirkung zu Dank verpflichtet. Der unglückliche Ausgang des Krieges hat alle diese Arbeiten zerschneiden: kurze Zeit ließ man die beiden wissenschaftlichen Beamten des Stadtarchivs noch in ihrer Stellung, da man sie nicht entschren zu können glaubte, dann kam Ende 1919 die Abweisung und das Scheitern. Wundelmann warnte sich nach Freiburg, und es war ein erfreuliches Zeichen seiner Frische und Elastizität, daß er sich nach und nach dort eingelebt hat; im Sommer 1920 schrieb er, daß er sich wohl dort fühle. Bei Freundlichkeit war ihm gefehlt und erhalte und erwärme sein — des Unwelters — Dasein, so daß die Einsamkeit des Alters ihm fernere bleibe ist.

Ein reiches und tätiges Leben hat nun geendet. In deutschen und namentlich in oberdeutschen Geschichtskreisen wird des Verstorbenen Bild in dankbarer Erinnerung fortleben, aber auch die Stadt Straßburg hätte allen Grund sich diesem Danke anzuschließen.

Theater und Kunst

Das Defizit des Badischen Landes-theaters. In dem letzten ausgegebenen dritten Nachtrag zum Staatsvoranschlag wird für das Landes-theater Karlsruhe ein Staatsbeitrag von 740,5 Millionen Mark angefordert. Dilem Betrag stehen 216,6 Millionen Mark an Einnahmen

Die eigene wissenschaftliche Arbeit hatte gleichwohl, trotz jener Verwaltungsstätigkeit, niemals geruht. Schon 1892 war als Frucht des durchgearbeiteten archivalischen Materials die Monographie über den Schmalkaldischen Bund und den Nürnberg Religionsfrieden 1530 bis 1532 erschienen, kleinere Arbeiten gingen nebenher. Mit Johannes Ficker, dem verdienten Vertreter der Archäologie, vollendete Wundelmann weiter das ausgezeichnete Hilfsmittel zur Einführung in die Schrift der Reformationszeit: „Handschriftenproben des 16. Jahrhunderts nach Straßburger Originalen“ (2 Bände 1902 und 1905, Kleine Ausgabe 1906). Die Hauptarbeit aber der letzten beiden Jahrzehnte hat der Darstellung des Fürstentums der Stadt Straßburg vor und nach der Reformation bis zum Ende des 16. Jahrhunderts gesollten, die in der Hauptsache noch vor dem Zusammenbruch abgeschlossen werden konnte. Im vorigen Jahre ist das Werk als fünfter Band der vom Verein für Reformationsgeschichte herausgegebenen Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte erschienen — Darstellung und Quellenwerk zugleich —, von neuem ein vollständiger Beweis, wie fest das alte Straßburg, das mit Nürnberg die ersten Anfänge moderner Armenpflege aufweist, in deutschem Weien und deutscher Gestalt verwurzelt ist. Die Theologische Fakultät der Heidelberger Universität hat dem Verfasser die verdiente Anerkennung für diese die mannigfachen Wissensgebiete befruchtende Leistung durch Verleihung der Doktorwürde zuteil werden lassen.

Von den zahlreichen Aufsätzen und kleinen Mitteln hat der größte Teil in der von der Badischen Historischen Kommission herausgegebenen Zeitschrift für die Geschichte des Oberelsens eine Stelle gefunden, die in dem Verstorbenen einen schwerverdienenden, ein Menschenalter ihr verbundenen Mitarbeiter betrauert. Außer den reformationsgeschichtlichen Studien sind hier auch zwei Arbeiten veröffentlicht, die von der auch der amtlichen Stellung naturgemäß sich ergebenden Beschäftigung mit der Topographie des alten Straßburg zeugen: Die Untersuchung

Badischer Landtag

Anträge und Anfragen.

Karlsruhe, 16. März. Die Landtagsabgeordneten Vertle und Genossen haben im Landtag einen Antrag eingebracht, der die Ergründung von Maßnahmen gegen Mißbrauch des Markenbrottes wünschelt.

Karlsruhe, 16. März. Der Staatsgerichtshof am Schutze der Republik hat, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, die gegen das Verbot der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei eingeleitete Beschwerde nach mündlicher Verhandlung förmlich verworfen.

Aus Baden

Königsbach b. Pforzheim, 16. März. Ein junger Mann namens Tauer, der in Karlsruhe aus Versehen statt in den Personenzug in den Schnellzug eingestiegen war, sprang bei der Durchfahrt des Schnellzugs durch die Station Königsbach aus dem Wagon und blieb mit Arm- und Beinbrüchen liegen.

Pforzheim, 16. März. Der 16jährige Sohn des Maurermeisters Deschläger in Hirsfeld wird seit 1. März vermißt. In diesem Tage kehrte er nicht von der Pforzheimer Gewerbeschule zurück. Am Samstag darauf brang er zu einer Zeit, wo er wußte, daß niemand zu Hause war, ins Elternhaus ein, packte seine Kleider zusammen und entfernte sich unter Mithilfe seiner Geige. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Nachforschungen blieben erfolglos.

Pforzheim, 16. März. Im Walde bei Brötzingen wurde eine nahezu vollständig verweste männliche Leiche aufgefunden. Ob Selbstmord oder Verbrechen vorliegt, konnte nicht festgestellt werden.

Seidelberg, 16. März. Der Apparat der Königsstuhlruine wurde verzeichnet gestern morgen ein mittelfestes Beden, das um 6 Uhr 12 Min. 23 Sek. begann. Die größte Stärke des Bedens war um 6 Uhr 45 Min. 26 Sek. Die Bewegung betrug 7,20 Uhr. Die Entfernung betrug nur 700 Kilometer. In der Pforzheimer Klinik hier hat sich am 11. März ein lediger Bankbeamter aus Sankt Wölz gestellt, der wegen Betrugs in Höhe von 100 Millionen in Marz verfolgt wird. 5 Millionen, die der Betrüger für sich führte, wurden beschlagnahmt.

Seidelberg, 16. März. Reichspräsident Ebert hat an die nach ihrer Haftentlassung vorübergehend in Seidelberg weilenden 17 westfälischen Schulobramen ein Telegramm an die dem herzlichsten Dank für das Freigeldnis dieser Schulobramen ausgesprochen wird. Das mannhafte, entschlossene und besonnene Verhalten der Polizeibeamten im Ruhrgebiet, die unter ärgster Bedrückung auf ihrem Posten ausgeharrt haben, ist ein leuchtendes Beispiel deutscher Treue und entgangenen Pflichtenbewusstseins in schwerer Zeit. Die Schulobramen sind heute früh nach Münster i. W. abgereist.

Mannheim, 16. März. Nach der Aufführung von „Wilhelm Tell“ im Nationaltheater stimmte ein Teil der Theaterbesucher die deutsche Nationalhymne an, die von zwei Schauspielern auf der Bühne mitgesungen wurde. Die die „Volksstimme“ meidet, liegen hierauf die Theaterarbeiter sofort den eisernen Vorhang herunter und weigerten sich, ihn wieder aufzuziehen. Nach der kommunistischen Arbeiterzeitung soll es dann hinter den Kulissen heimlich angegangen sein, da die Bühnenarbeiter mit allen möglichen Geräten auf die Schauspieler, die die Nationalhymne mitgesungen haben, eingebrungen sein sollen.

gegenüber, so daß der Fehlbetrag 529 Millionen Mark beträgt. In dieser Summe hat die Stadt Karlsruhe 50 Prozent zu tragen, so daß auf Staat und Stadt je 264 983 500 Mark entfallen. Die Stadt Karlsruhe nimmt aus den Eintrittspreisen des Landestheaters einen erheblichen Betrag für Luftfahrtssteuer ein.

Das Jüngst, der Meister des deutschen Liedes, ist wenige Tage nach seinem sechzigsten Geburtstag in Dresden nach langem schweren Leiden gestorben. Jüngst hat als verlässlicher Gesangsleiter und genauer Kenner der menschlichen Stimme zahlreiche sang- und dankbare Chorlieder geschrieben, von denen die Bearbeitung der bis dahin bei uns unbekanntem schändlichen Volksweise „Spin, spin“ Weltzug gewann. Zahlreiche reizvolle Volkslieder sind durch ihn Gemeingut der Sängerschaften deutscher Junge geworden. Auch seine eigenen, klanglich reizvollen und mutterhaft geistigen Liedschöpfungen, wie „Kosenfräulein“, „Spielmannsfahrt“, „Frühlingseinzug“ usw. haben weite Verbreitung gefunden. Prof. Jüngst übte zum Vorstand des Deutschen Sängerbundes und befehlig die Ehrenmitgliedschaft von 75 Sängervereinen.

Kunst und Wissenschaft

Technische Hochschule Karlsruhe. Dem Dipl.-Ing. Merkel, Obergeometer an der Technischen Hochschule Karlsruhe, ist für das Sommersemester 1923 ein Lehrauftrag zur Abhaltung von zweistündigen Vorlesungen in astronomisch-geographischen Ortsbestimmungen erteilt worden.

Die Ausstellung „Deutsche Plastik des Mittelalters“, die von der Badischen Kunststiftung vor anderthalb Jahren veranstaltet wurde, hat weit über die Grenzen Badens hinaus Beachtung gefunden. Die ausgezeichneten photographischen Reproduktionen, die im Mittelpunkt der Ausstellung standen, werden als Wanderausstellung durch Deutschland, Oesterreich, Holland und die Schweiz gehen.

Mannheim, 16. März. Am Freitag früh ist der erste Frühzug nach Dagersheim bei der Ausfahrt am Städtischen Gaswerk entgleist. Da von der pfälzischen Bevölkerung von den französischen Sägen fast gar kein Gebrauch gemacht wird, so befinden sich in dem Zug nur sehr wenig Personen. Die Entgleisung des französischen Zuges war infolge falscher Weichenstellung erfolgt. Der Zug war dadurch auf das in das Gaswerk führende Industriegleis geraten, hatte das geschlossene Tor des Gaswerks durchdrungen und drei Kohlenwagen aus dem Gleis geworfen und zertrümmert. Auch die Lokomotive wurde stark beschädigt. Eine Frau soll verletzt worden sein.

Gernsbach, 16. März. Die Kaltenbachbrücke ist jetzt fertiggestellt und dient wieder dem freien Verkehr. An der Eisenbahnbrücke in Mannünz sind derzeit zwei Böden geschlossen. Es ist ein merkliches Fortschreiten der Arbeit zu sehen.

Kenzingen, 16. März. Die 62jährige Wagnereinsterswitwe Bruder wurde in ihrem Bett verbrannt aufgefunden. Allem Anschein nach wollte die Frau vom Bett aus Licht machen, wobei dieses Feuer fing.

Freiburg, 16. März. Die Vereinigung badischer Weinhandler hat auf ihrem Trefftag im Anschluß an das Vorgehen anderer Fachverbände des Weinhandels den einstimmigen Beschluß gefaßt, den Bezug von französischen und elsass-lothringischen Weinen zu unterlassen.

Donauwörth, 16. März. Am Montag, 19. März wird hier eine Fahrplankonferenz stattfinden, die sich mit dem badischen Durchgangsverkehr vom Bodenseegebiet und vom badischen Oberland nach Mittel- und Nordbaden beschäftigen wird. An der Besprechung sollen Vertreter des Badischen Verkehrsverbandes, der Reichsbahndirektion Karlsruhe und Stuttgart, zahlreiche Handelskammern und andere wirtschaftliche Körperschaften, sowie zahlreiche badische und württembergische Gemeinden vertreten sein.

Willingen, 16. März. Der wegen eines angeblichen Mordbetrugs zu fünf Monaten Gefängnis verurteilte Schreiner Karl Ketterer ist unjünglich verurteilt worden. Den richtigen Dieb hat man jetzt ermittelt, nachdem Ketterer bereits drei Monate seiner Strafe verbüßt hat.

Konstanz, 16. März. In der Oberheimfrage Basel-Bodensee ist insofern ein Fortschritt zu verzeichnen, als Baden und die Schweiz übereingekommen sind, bis Ende 1923 auf Grund des bei dem internationalen Wettbewerb gewonnenen Materials baufertige Pläne und zuverlässige Kostenvoranschläge für den Ausbau der Oberheimfrage Basel-Bodensee fertigstellen zu lassen. Die Einparagen, die bezüglich des Ausbaus des Kraftwerks Niederschöndorf (47 400 PS), Dogern (21 400 PS) und Neidingen (33 100 PS) erhoben worden sind, dürften bald erledigt sein, so daß die Möglichkeit gegeben ist, mit den Bauarbeiten rasch zu beginnen. Es kann noch angeführt werden, daß die badische Regierung in den dritten Nachtrag zum Staatsvoranschlag eine Summe von 35 Millionen als Nachforderung zur ersten Teilforderung für die Bearbeitung eines Entwurfs für die Schiffbauverwaltung des Rheins von Basel bis zum Bodensee eingestellt hat.

Aus Nachbarländern

Maximiliansau, 16. März. Kammerfegermeister Weller aus Wörth a. Rh. geriet am Donnerstag morgen gegen 10 Uhr in Karlsruhe unter ein Lastauto, wobei ihm der Kopf zerdrückt wurde.

Aus dem Stadtkreise

Schachfiguren!

Als Wilson auf der Höhe seiner Macht stand und täglich neue „Punkte“ formulierte, mit denen er die halbe Welt bedrückte, erklärte er u. a., in Zukunft dürften Länder und Völker nicht wie Schachfiguren hin und hergeschoben werden und prägte das Schlagwort von dem Selbstbestimmungsrecht, das den Völkern gebliehe, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden. Frankreich und England traten diesem Standpunkt in feierlichen Erklärungen bei, und Deutschland legte im Vertrauen auf die Durchführung der von allen feindseligen Mächten anerkannten „14 Punkte“, die Waffen nieder. In Verfall des nicht mehr von dem Selbstbestimmungsrecht die Rede, sondern die „Lieger“ entrieffen Deutschland an allen Ecken und Enden wertvolle Stände, behielten sie teils für sich oder verkauften sie an ihre Trabant. Die interalliierte Grenzschutzkommission hat nun dieser Tage über die letzte noch unstrittene durch das Versailler Diktat aufgeworfene Grenzfrage hinsichtlich der deutschen Grenze entschieden.

Auch diese Entscheidung reiht sich würdig den früheren an. Auch diesmal hat man sich nicht um den Willen der einheimischen Bevölkerung gekümmert, sondern den rein deutschen Ort Sandau der Fischepostamt zugewiesen, obgleich die Einwohnerzahl ebenso wie seinerzeit die des deutschen Dorfes Haas, das ebenfalls die Fische erhalten, einmütig den Wunsch aussprach, bei dem Deutschen Reich verbleiben zu können. Die interalliierte Kommission erwies sich auch diesmal als getreuer Botschafter Frankreichs, das dem tüchtigen Freunde einen Machtzuwachs zuwenden wollte. Ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung der Grenzkommission gibt es nach dem Versailler Friedensdiktat nicht. Uns verbietet nur ein flammender Protest und die Hoffnung, daß die Geschichte einst wieder gutmachen wird, was die Ungerechtigkeit der Ententeimperialisten jetzt an uns sündigt.

Beschlüsse des Reichsrats. Der Reichsrat genehmigte eine auf Grund des Reichsgesetzes erlassene Verordnung, in der zum Schutze der deutschen Finanzen und Währung angeordnet wird, daß es verboten ist, Bälle und sonstige Abgaben oder Gebühren, die von anderen als den

deutschen zuständigen Stellen gefordert werden, an einen Beauftragten einer fremden Macht oder an eine Kasse, die sich in ihrer Gewalt befindet, zu zahlen oder die Zahlung für eine fremde Macht anzunehmen. Weiterhin ist der Warenverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet ohne Erlaubnis der zuständigen deutschen Behörden verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis nicht unter drei Monaten in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft. Neben der Freiheitsstrafe ist auf Geldstrafe zu erkennen. Waren und Zahlungsmittel sind zugunsten des Reiches für verfallen zu erklären.

Das Goldzolkaufgeld. Für die Zeit vom 21. bis einschließlich 27. März beträgt das Goldzolkaufgeld 524 400 v. S.

Geschäftsjubiläum. Heute kann unser Mitbürger Herr Kuno Büchel, Graveurmeister, auf eine 25jährige Geschäftstätigkeit zurückblicken. Durch überhohen Fleiß und unermüdete Arbeit hat er sein Geschäft aus kleinen Anfängen heraus zur Blüte entfaltet. Wir wünschen dem Jubilar auch fernerhin Blüten und Gedeihen seiner Firma.

Die Angehellenversicherung. Der Reichsrat setzte die Versicherungsspflicht in der Angestelltenversicherung auf 7,8 Millionen (monatlich 600 000 Mark) fest und erklärte sich weiterhin mit einer Verordnung einverstanden, die die Bezüge für die Rentempänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung verdoppelt.

Wohltätigkeit an Bord der „Cap Polonio“. Während der letzten Feuerlandreise des Dreischrauben-Schnelldampfers „Cap Polonio“ der Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft wurde unter den argentinischen Reisenden eine Sammlung zu Gunsten der armen Kinder Deutschlands veranstaltet. Die Sammlung hat einen Betrag von 13 295 Pesos, in deutschem Geld ca. 100 Millionen Mark, ergeben. Die Summe wurde der Deutschen Gesellschaft in Buenos Aires zur Weiterleitung nach Deutschland überwiesen.

Die Badische Landwirtschaftskammer hält am 22. März, vormittags 9 Uhr, im Sitzungssaal des Bad. Landtags ihre 24. ordentliche Vollversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte: Prüfung der Rechnung für das Jahr 1921/22 und Entlastung der Rechnungsführung, Bericht über die Tätigkeit der Landwirtschaftskammer im Jahre 1922, Aufstellung des Voranschlags, Anträge auf Staatsmittelebenbürgung, Errichtung einer Realcreditanstalt, Ermittlung des Ertragswertes bei der Erbschaftsteuer, Beamtenangelegenheiten.

Gefrierfleisch. Die jüngste Sendung Gefrierfleisch hat großen Anklang gefunden, wie der stötte Absatz beweist. Ende dieser Woche kommt wieder eine größere Menge zum Verkauf, deren Preis noch etwas niedriger ist, als der der vorhergehenden Sendung. Es ist beabsichtigt, die Gefrierfleischfabrik zu einer stehenden Einrichtung zu machen. Abgesehen davon, daß jetzt schon dieses Nahrungsmittel bei gleicher Güte erheblich billiger geliefert werden kann, ergibt sich daraus eine nicht zu unterschätzende Unabhängigkeit von der Versorgung der Städte mit inländischen Schlachtvieh, deren Auswirkung auf die Viehpreise nicht ausbleiben wird.

Die sozialdemokratische Rathschankstation hat beim Stadtrat den Antrag gestellt auf Einführung von wahlfreien Kursen in einer Fremdsprache an den hiesigen Volksschulen, um begabte Schülern und Schülerinnen eine höhere Bildungsmöglichkeit zu schaffen und zugleich die Mittelschulen zu entlasten.

Die Polizei im Sel. Bekanntlich sind in der letzten Zeit die Polizeibeamten in den größeren Städten wieder mit dem Helm ausgerüstet worden. Hierfür werden im dritten Nachtrag zum Staatsvoranschlag fünf Millionen Mark angefordert. Auch die badische Gendarmrie wird wieder mit Helmen ausgerüstet; hierfür ist der gleiche Betrag in dem genannten Nachtrag eingeseht. Die Polizeihunde sollen vermehrt werden, wofür die Regierung eine Million Mark benötigt.

Mitteln im Leben sind wir vom Tod umfaßen. Kurz vor Beginn der für die Volkshöhne gestern abend veranstalteten Aufführung der „Cavalleria rusticana“ wurde eine ältere Frau aus Mannheim, die am Nachmittag zum Besuch ihres hier verheirateten Sohnes eingetroffen war, von einem Herzschlag befallen. Der Arzt war sofort zur Stelle, aber der Tod war schon eingetreten.

Mitteilung des Badischen Landestheaters.

Die erste Wiederholung von Shakespeares Tragödie „Romeo und Julia“ heute Samstag findet im Abonnement statt. Als Schiller-Vorstellung geht am Mittwoch, 21. März, Schillers „Wilhelm Tell“ in Szene und Samstag, den 24. März (Abend, 8 Uhr) gelangt die Neueinführung von Schillers „Rath an der Welt“ zur zweiten Wiederholung. Am Sonntag, den 25. März, nach 2 Uhr, Kammerspiele mit so reichem Beifall aufgenommen, unterhaltende Operette „Der Betler aus Dingsda“, während abends 8 Uhr Hermann Kellers Komische Oper „Meister Gude“ neunhundert in Szene geht. Die erste Wiederholung dieses Werkes findet am Donnerstag, den 22. März (Abend, 8 Uhr) statt. Palmsonntag, den 25. März, gelangt das musikalische Schauspiel „Der Evangelist“ von Wilhelm Kienast zur Aufführung. Für den Palmsonntag und beide Theaterabende ist Wagners Weltbekanntes „Parsifal“ unter Leitung von Kapellmeister Lorenz und Oberregisseur Turnau angesetzt.

Veranstaltungen.

Anneliese Dietz, in weiten Kreisen unserer Stadt durch mehrfache Mitwirkung bei gesellschaftlichen Veranstaltungen bekannt, hat sich entschlossen, zum erstenmal öffentlich in ihrer Vaterstadt aufzutreten und gibt am kommenden Mittwoch, den 21. März, im Künstlerhaus eine eigenen Konzerte. Die Klavierbegleitung hat der bekannte Komponist und Pianist Nicolai Popovnikoff übernommen, der auch einige Klavierstücke vorzuziehen wird. Kartenverkauf bei Kurt Neufeldt.

Konzert Edbil Walder. Die Stuttgarter Sängerin Edbil Walder veranstaltet am Donnerstag 22. März, im Saal des Künstlerhauses einen Tanzabend. Edbil Walder bringt nur neue Tanzschöpfung, unter anderem Pantontimem, Sprechstücke usw., von denen „Der Rina“, „Gepens“, „Wind und Wetter“ und „Korfrühling“ von Hofmannsthal erwähnenswert seien. Karten in der Musikalienhandlung Fritz Müller.

Anschluß der Karlsruher Jugendbergswoche finden von den Jugendorganisationen aller Richtungen Veranstaltung dramatischer und musikalischer Art statt, deren Besuch dringend empfohlen wird.

Öffentliche Behandlung der Milchfrage. Die immer knapper werdende Milchversorgung in den Städten läßt es dringend geboten erscheinen, alle Wege zu beschreiten, die eine Besserung der Milchverhältnisse erwarten lassen. Die Siegenachtgenossenschaft Karlsruhe, e. G. m. b. H., hat es sich dabei zur Aufgabe gestellt, welche Kreise der Bevölkerung über die Siegenhaltung sowie deren Nutzen, über die Vorteile und Verwendung der Siegenmilch aufzuklären und bei Beschaffung, Unterbringung und Miltierung der Siegen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Zu diesem Zwecke findet am Mittwoch, den 21. März, abends 8 Uhr, im Saal des Elekanten eine öffentliche Versammlung statt, zu der jedermann freien Zutritt hat. Hierbei wird Direktor Kaas vom Milchwirtschaftsamt, insbesondere über die Siegenmilch und Tierzuchtinspektor und Diplomalwiner Guido über die Siegenhaltung sprechen. Es gibt noch sehr viele Familien in dem gesamten Stadtbereich, denen Stallungen zur Unterbringung von Siegen zur Verfügung stehen. Ferner haben viele Kreise der städtischen Bevölkerung noch ein Vorurteil über die Siegenmilch, ohne deren großen Wert zu kennen.

Standesbuch-Nachträge.

Todesfälle. 14. März: Clara, alt 16 Tage, Vater Emil, Mutter Kaufmann; Hugo Müller, Buchhändler, alt 47 Jahre. — 15. März: Johann Grimm, Geiger, alt 73 Jahre; Eugen Reich, Dentist, alt 19 Jahre; Karl Lee, alt 63 Jahre, Witwe des Mag.-Arbeteiers Adam Lee; August Schorr, Kirchenmeister, Ehemann, alt 67 Jahre.

Berichtsaal

Karlsruhe, 16. März. Vor der 1. Strafkammer hand heute unter der Anklage des unerlaubten Handels der Betriebsleiter Josef Walscher aus Bresberg und der Direktor des städt. Milchamts Peter Kaas aus Bihingen. Kaas hatte im Sommer 1921 anlässlich der Aufhebung der Zwangswirtschaft von der Stadtbehörde die Bewilligung erhalten, das noch lagernde Butterfett an hiesige Händler abzugeben. Da das Schmalz aber schon den Prozess des Mangigwerdens durchgemacht, fand es hier keine Abnehmer. Kaas setzte sich dann mit Walscher in Verbindung, der damals am Badener Milchamt Betriebsleiter war. Dieser konnte auch an einen gewissen Stricker in Baden-Baden 16 Zentner von dem nicht mehr ganz „einwandfreien“ Butterfett verkaufen und erzielte einen Gewinn von 8000 Mk. Walscher soll nun nach Auffassung der Staatsanwaltschaft unerlaubten Handel getrieben haben. Kaas ist der Beihilfe beschuldigt. Das Gericht sprach beide Angeklagten frei, die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

Mannheim, 15. März. Am Dienstag kam hier vor der Strafkammer ein umfangreicher Fehlerprozess zur Verhandlung. Der 17 Jahre alte Spenglerlehrling Josef Renu hatte seinem Meister in der Zeit vom August bis Dezember 1922 Metalle und Armaturen im Werte von etwa 1,5 Millionen Mark entwendet. Renu wurde zu 9 Monaten Gefängnis, ferner wurden wegen Fehlerlei Bernhard Eckstein zu 9 Monaten und Max Weiss gleichfalls zu 9 Monaten, Hermann Eckstein und Ludwig Rebus zu je 3 Monaten und die Anna Spitzer zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Konstanz, 15. März. Ein Gerichtsminister vom Hoch hatte sich in der Person des 17jährigen Neblers Friedrich Christ von Klein-Sachsenheim wegen Betrugs, Diebstahls und Urkundenfälschung vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. In nicht weniger wie 35 Fällen beschwindelte er meist junge, leichtgläubige Mädchen und Witwen zum Teil um deren Hab und Gut und führte ein flottendes Leben. Die Strafkammer verurteilte den Hochappler zu 6 Jahren Gefängnis, wofür 2 Monate Unteruchungshaft angerechnet werden.

Vom Wetter

Freitag, den 16. März 1923.

Das große nördliche Hochdruckgebiet mit einem Zentrum über Skandinavien hat sich fast über ganz Europa ausgebreitet. Nur über dem atlantischen Ozean und dem hohen Norden Europas ziehen Tiefdruckwirbel vorüber. Unter dem Einfluß hohen Druckes kann jetzt mit einer langsamen Besserung des Wetters gerechnet werden, wobei vor allem etwas Erwärmung zu erwarten ist.

Wetterausichten für Samstag, den 17. März 1923: Zeitweise aufheiternd, trocken, etwas wärmer.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

Table with 2 columns: Station (16. März) and Water Level (15. März). Rows include Schiltach, Rastatt, and Mannheim with water levels in meters.

Tagesanzeiger

Samstag, den 17. März 1923.

Bad. Landestheater: „Romeo und Julia“, 6 1/2 bis gegen 10 Uhr. Stadt. Konzerthaus: Badische Nachtspiele: „Der Rhein“, nachmittags 5 Uhr und abends 8 Uhr. Colosseum: Variete, abends 8 Uhr. Weltkino: Neues Programm. W. Z. S.: Lichtbildervortrag, abends 8 Uhr.

In Deutschlands Not

murden vom Reich auf Grund des Versailleser Vertrages an unsere Feinde hundert Milliarden Gold

geleitet. Weitere Angebote an Zahlungen wurden gemacht. Trotzdem will der Franzose durch militärische Gewalt — wie er sie jetzt im badischen Lande, am Rhein und an der Ruhr in brutaler Weise anwendet — das Deutsche Reich zerschlagen, das deutsche Volk anseiner anberreichen. Dagegen gibt es nur eins:

Unverbrüchliche Treue zu Volk und Vaterland!

Damascus über seine Lebensarbeit.

Dr. Damascus, der bekannte Führer der Bodenreformbewegung sprach am Donnerstag abend im Plenarversammlungssaal des Landtags über seine Lebensarbeit. Zu dem Vortrag hatten sich zahlreiche Zuhörer eingefunden, so vor allem Abgeordnete sämtlicher Parteien Arbeitsminister Dr. Müller und höhere Ministerialbeamte, ferner eine große Reihe von Betriebsratsmitgliedern, Gewerkschaftsfunktionäre und Organisationsleiter.

Landtagspräsident Wittenmann eröffnete den Abend, indem er auf die Bedeutung einer klaren Lösung der Bodenfrage gerade in der gegenwärtigen Zeit hinwies. Er betonte, dass die Bodenfrage für den Aufbau unseres Volkes ab. Der Präsident begrüßte dann besonders den Herrn Dr. Damascus und betonte, daß die Bodenfrage in Baden eine gewisse historische Bedeutung habe, da ein badischer Fürst sich vor vielen Jahrzehnten auf diesem Gebiet betätigte.

Professor Dr. Damascus wies es weit vor sich, daß der bodenreformistische Gedanke eine große Rolle spielt. Die Geschichte der Griechen und Römer liefere ein reiches Beispiel für den Übergang von Völkern, welche die organische Verbindung mit dem Boden verloren haben. Die Blütezeit der deutschen Städte im Mittelalter sei zum guten Teil darauf zurückzuführen, daß man damals nichts vom Bodenwucher wußte. Die Inlandsbildung bezeichnet der Redner als die deutsche Tat. Er führte den Zuhörern die Zeiten des 30jährigen Krieges und der französischen Revolution samt ihren Zusammenhängen mit der Bodenfrage vor Augen, um schließlich an das Los der lebenden Bauern zu erinnern.

Der Redner fuhr fort: Frhr. v. Stein sei es gewesen, der in einer ersten Innenpolitik, die das Volk mit dem Boden verbinde, das Mittel der Erhaltung des Vaterlandes erblickte. Seine Rede vom Jahre 1807/08 sprach davon, daß der Boden ein Landteil sei und die Gemeinden die Verwaltung erhalten sollen. Die unglückliche Deklaration der Steinischen Gesetze vom Jahre 1816 bedeutete einen Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Geschichte. Das Jahr 1821 brachte die erzwungene Auflösung aller Allmende in Preußen; der Boden wurde zu einer Kolonialware, die von einer Hand in die andere geht. Der gescheiterte Versuch von 1816/17? Eine Million Hektar Vaterland wurde vom Großgrundbesitz aufgekauft.

Die Landwirtschaftsreform sei ein. Daher ist die fürstliche Entwurfsung unseres Volkes. Inzwischen gingen die Vereinigten Staaten daran, die Bodenreform in die Tat umzusetzen, indem jeder, der arbeitete, 160 Acre erhielt. In der letztgenannten Zeitperiode haben Millionen der tatkräftigsten Deutschen das Ausland verlassen. 90 Prozent wanderten nach Amerika aus. Damascus beleuchtete dann das gegenwärtige Elend der Wirtschaft in Deutschland und unterrichtete nachdrücklich die Zuhörer, endlich dem seit 1 1/2 Jahren ausgearbeiteten Heimstättengesetz gemäß Artikel 155 der Weimarer Verfassung Leben zu verleihen. Man dürfe die deutsche Volk nicht um diese Hoffnung bringen, die seit fünfzig Jahren, das eines Tages die Welle des Bolschewismus auch über uns kommt. Selbst Polen ist dabei, die Bodenreform in die Praxis umzusetzen. Unser Gesetzesentwurf ist ein, daß bei Ausübung des Ankaufsrechts die Gemeinden ein gerechter Preis zu zahlen. Diesem müsse er die zuletzt abgegebene Preisermäßigung zugrundelegen. (Heiterkeit.)

Es darf nicht etwas Revolutionäres, etwas Unheiliges? Wie einem Volke mitgeteilt werden muß, daß sein Land sein eigen nennt, zeigt uns die Bodenreform. Dr. Damascus fand scharfe Worte gegen die Spekulation und erhob seine warnende Stimme gegenüber den Gefahren, die aus den unkontrollierten valutapapierlichen Ausläufer der deutschen Wirtschaft drohen. Diese hätten bereits einen ungeheuren Umfang angenommen. Ferner erinnerte Dr. Damascus eindringlich an die katastrophalen Folgen einer künstlichen Aufblähung der Grundstückspreise, wie wir sie jetzt am Boden der dänischen Landwirtschaft erleben. Die Wohnungsnot sei ein weiterer zwingender Grund zur Bodenreform. Man stelle sich vor: Die achte deutsche Familie ohne Wohnung! Das Volk erträgt auf die Dauer diesen Zustand nicht. Man soll in den nächsten Tagen der Heimstättenreform zum Gegenstand eines Infinitivumgesetzes im Reichstag gemacht werden. Gelingt es wieder nicht, die darin enthaltenen Gedanken werden seine Widersacher durchzuführen, so will man das Volk begehren helfen.

Der Redner schloß, indem er an das Vermächtnis des großen preuß. Nationalökonomens Adolf Wagner erinnerte, der sagte: Die Bodenreform ist in hundert Einzelfragen ihren, aber in der Hauptsache ist ihre Richtung jene, die allein die künftigen Grundbesitzer vertritt, ohne die der Aufbau unseres Volkes nicht möglich ist. Der Zuhörer spendeten starken Beifall, den Präsident Wittenmann vor dem Auseinandergehen in herzliche Dankesworte an den Redner richtete.

Karlsruher Turntag.

Handballrunde 1922/1923. Sonntag, den 25. März 1923. 1. Klasse: 11 Uhr: Tu. Weiertheim - Tu. Karlsruhe, 3 Uhr: M.T.B. - Tsd. Teufschneuer. 2. Klasse: 10 Uhr: Tu. Weiertheim - Tu. Karlsruhe, 4 Uhr: M.T.B. - Tsd. Teufschneuer.

Briefkasten

Redakteur A. Ein Rechtsstreit erweist uns aus dem, wenngleich wir, um ein richtiges Urteil in dem Sache zu haben, vorher die Vertäge und die Gesetze mitfindlichen Verabredungen kennen müssen. Bei untererordentlichen Bedeutung des Rechtsstreits für den Fall, daß man nicht zuzugewandt, die Angelegenheit mit einem Anwalt zu betreiben, den wir Ihnen empfehlen können.

Wirtschafts- und Handelszeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

Table with exchange rates for various cities: Brüssel, Amsterdam, London, Paris, Zürich, Italien, Newyork.

Von den Börsenplätzen. Mannheimer Effektenbörse.

K. Mannheim, 16. März. (Drahtber.) Die heutige Börse verkehrte in etwas ruhiger Tendenz. Abschlüsse erfolgten in Anilin zu 22 000, Seilindustrie Wolf 8800, Benz 12 000 und 12 500, Dingler Maschinen 26 000, Gebr. Fahr 9200, Braun Cons. 6000, Mannheimer Gummi 16 500, Neckarsulmer 11 000, Pfälzische Nähmaschinen 11 000, Wayß & Freytag 10 750 und 10 900, Zellstoff Waldhof 19 000, Zuckerfr. Frankenthal 11 000 und Waghäusel 11 000. In Rhein. Creditbankaktien war lebhaftes Geschäft zu 4900. Von Brauereien notierten Sinner 11 000 bez. und Eichbaum 12 000 Geld. Ferner von Versicherungen Frankona 20 000 bez. Hoffmanns Söhne 2800 bez., junge 2000 bez. und Geld.

Frankfurter Börse.

Tendenz: Uneinheitlich. w. Frankfurt a. M., 16. März. Die Effektenbörse zeigte ein ruhiges Aussehen, die Grundtendenz war uneinheitlich. Die Kursbewegung war zum Stillstand gekommen. Die wirtschaftliche Lage, sowie die neue große Beanspruchung der Reichsbank in der ersten Märzwoche lähmten die Unternehmungslust des Publikums wie der Spekulation. Man bemerkte heute vielfach Neigung zu Abgaben, doch hielt sich die Kursbewegung in engeren Grenzen. Es kam auf keinem Gebiet zu größeren Umsätzen.

Der Devisenmarkt hat sich nur wenig verändert. Noten 20 800—20 7850. Am Markt der amtlich nicht notierten Werte war die Haltung schwankend, Benz 12 000, Becker-Stahl 12 000, Inag 12 500, Elberfelder Kupfer 8500, Hansa Lloyd 6500, Ufa 7500—8500. Am Montanmarkt waren Westeregeln und Mannesmann stärker gefragt. Niedriger setzten ein: Buderus, Laurahütte. Da die Aufnahmefähigkeit in diesen Werten gering war, stellte sich später eine schwächere Tendenz ein. Mansfelder, minus 2225 Prozent. Von chemischen Aktien verloren Farbwerke 2000—3000 Prozent. Scheideanstalt, minus 3000, Holzervekohlung, minus 2000, Elektrowerte bei kleinem Geschäft lustlos und mit Neigung zu Abgaben, besonders Lahmeyer. Niedriger gingen Bergmann, Felten & Guilleaume, A.E.G. hervor. Die Umsätze der Metall- und Maschinenfabrikaktien blieben bescheiden. Große Avancen erzielten nur wenig Papiere. Norddeutscher Lloyd, Hapag schwächer, da Material aus dem Markte kam. Adlerwerke Klever und Daimler später stärker gedrückt. Zellstoff und Zuckerwerte schwach bei mäßigem Angebot. Es gab ein Schaffenberger Zellstoff 5000, und Zellstoff Waldhof 1500 nach. Behauptet Spinnerei Hammersen, Philipp Holzmann, minus 1800, Glaeserwerk-Frankfurt bei größerem Geschäft im freien Verkehr 25—26 000 umgesetzt. Zement Heidelberg stärker angeboten.

Am Kassaindustriemarkt, der ein wenig freundliches Aussehen zeigte, ließ sich Nachfrage nach vereinzelt Spezialpapieren erkennen. Fest lagen Feinmechanik Jetter, Niedriger Maschinenfabrik Durlach und Julius Sichel. Im Verlaufe hielt die Unsicherheit am Effektenmarkt an, und es zeigte sich keine wesentliche Veränderung, doch herrschte die schwache Tendenz vor.

Berliner Börse.

Aktien-Kurse gedrückt. w. Berlin, 16. März. Am Effektenmarkt hat sich die Realisationsneigung verschärft, da die Befürchtung hinsichtlich der Verschlechterung in der Industrie und angebliche Geldschwierigkeiten im Warenhandel verstimmt. Das Angebot war aber noch nicht allzu dringend, fand jedoch bei der Geringfügigkeit der Kaufkraft nur zu mehr oder minder gedrückten Kursen Aufnahme. Naturgemäß litten besonders die von der Spekulation bevorzugten Papiere des Montanmarktes. Ferner litten Anglo-Guano, von Elektrizitätsaktien Felten & Guilleaume, von Maschinenfabriken Berlin-Karlsruher Maschinen und von Textilwerten Norddeutsche Wolle. Für diese Werte ergaben sich Kursverluste bis zu 10 000 Prozent. Stöhr büßten sogar 15 000 Prozent ein. Schiffahrtsaktien mußten einen wesentlichen Teil der in letzter Zeit erzielten Gewinne wieder abgeben. Auch Bankaktien sind rückgängig. Valutapapiere schwächten sich gleichfalls ab. Ungarische Goldrente und Ungarische Kronenleihe stellten sich erheblich niedriger. Deutsche Anleihen waren allgemein gut behauptet. Das Geschäft hielt sich bei dauernder Lustlosigkeit in ziemlich engen Grenzen.

Variable Kurse.

Aufträge werden um 6000 M, nominal oder dem Vielfachen davon gehandelt. Berlin, 16. März. (Drahtber.) 5 Proz. Reichsanleihe 89, 4 Proz. 1140, 3 1/2 Proz. 660, 3 Proz. 295, 4 Proz. Consols 200, 3 Proz. 140, 3 1/2 Proz. 295, 5 Proz. Mex. 279 500, Baltimore 179 500, Schantung 6750, Hapag 37 250, 38 000, Nordd. Lloyd 20 100, 24 000, Darmstädter Bank 7200, Deutsche Bank 19 250, 19 000, Mitteldeutsche Kredit 4600, Anglo-Guano 70 000, A.E.G. 12 600, 12 750, 12 600, Badi-

sche Anilin 21 000, Bergmann 37 000, 36 501, Boch. Guß 47 000, Gebr. Böhler 30 500, 30 000, Buderus 22 100, 22 500, Daimler 8010, 8200, Deutsch-Luxemburg 53 000, 52 000, Deutsche Waffen 68 000, Gelsenkirchener Bergwerke 54 700, 53 500, Hammersen 32 500, 33 000, Harpener 128 500, 128 000, 130 000, Hirsch-Kupfer 36 000, Hösch-Eisen 59 000, Hohenlohe 22 500, Ilse Bergbau 64 000, Hadersleben 30 750, Karlsruher Maschinen 11 000, Köln-Rottweil 19 900, 19 250, Laurahütte 27 000, 28 000, 27 500, Lothr. Hütte 49 000, Mannesmann 43 000, Oberschl. Caro 30 000, 29 750, 29 500, 29 750, Oberschl. Kokswerke 68 000, Phönix 47 000, Riebeck-Montan 115 000, Rombacher Hütte 16 200, Rütgers-Werke 21 500, Schuckert-Elektro 30 000, Siemens & Halske 45 500, Westeregeln 34 000, Zellstoff Waldhof 18 200, 18 500, Otavi 131 500.

Industrien / Handel / Verkehr

Banken. Pforzheimer Bankverein A.-G., Pforzheim. Eine a. o. G.-V. (11. April) soll über eine Erhöhung des Aktienkapitals von jetzt M. 6 Mill. bis zu M. 60.90 Mill. Beschluß fassen. Hiervon sollen zunächst M. 24.90 Mill. ausgegeben werden, während die Ausgabe der weiteren M. 30 Mill. zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen soll. Die sofort auszugebenden M. 24.90 Mill. zerfallen in M. 24 Mill. Stammaktien und M. 900 000 Vorzugsaktien. Von den Stammaktien sollen M. 6 Mill. den bisherigen Aktionären vorzugsweise angeboten werden, während die restlichen M. 18 Mill. im Interesse der Gesellschaft verwertet werden sollen. Die M. 900 000 Vorzugsaktien sollen einem der Bank bestehenden Kreise überlassen werden. Die Vorzugsaktien sollen mit mehrfachem Stimmrecht ausgestattet werden und einen Schutz gegen Ueberfremdungsgefahr bieten.

Industrien. Uhrenfabrik Badenia A.-G., Villingen. Zu den Mitteilungen der Direktion der Villingen A.-G. teilt nunmehr der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Gesellschaft mit: „Die Gesellschaft umfaßt zwei Betriebe und zwar ein Werk in Villingen und ein größeres in Schwenningen. Das Erstere ist aus der Firma Bergmeister und Hepping in Villingen, und das Letztere aus der Uhrenfabrik Haller & Benzing in Schwenningen hervorgegangen. Zwecks Verstärkung der Betriebsmittel und intensiverer Ausnutzung des umfangreichen Schwenninger Werkes, das durch einen Neubau noch wesentlich vergrößert worden ist, wurde das Villingen Werk mit einem guten Nutzen für die Gesellschaft verkauft. Die Uhrenfabrik Badenia arbeitet nicht „wie vor der Gründung auf eigene Rechnung“. Es wurde lediglich ein Teilbetrieb abgestoßen, der unter der früheren Firma weiter arbeitet. Im Uebrigen hat der durch den Verkauf der Villingen Abteilung ermöglichte intensivere Betrieb die Umsätze des Unternehmens gewaltig gesteigert und große Reingewinn-Chancen geschaffen. Diese Umstellungen erforderten Änderungen, die in der Tagesordnung für die einzuberufende o. G.-V. berücksichtigt werden müssen; infolgedessen ist die Verzögerung der G.-V. eingetreten. Diese wird nunmehr im Laufe des April stattfinden. Die Verwaltung wird u. a. die Verlegung des Sitzes nach Schwenningen und eine Dividende von mindestens 30 Prozent vorschlagen.“

Verschiedenes.

Der Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie hat an die ihm angeschlossenen Verbände ein Rundschreiben erlassen, in dem die Verbände aufgefordert werden, der Zeichnung der Dollarschatzanleihe zu einem vollen Erfolg zu verhelfen, da es

das besondere Interesse von Handel und Industrie sei, dieses Mittel zur Befestigung der Mark zu unterstützen.

Von den Märkten.

Berliner Metallmarkt. 16. März. Elektrolytkupfer 8004, Originalhüttenrohnickel 362 892, Raffinadekupfer 7050, 7100, Originalhüttenweichblei 2800, 2850, Originalhüttenzinn, Preis im freien Verkehr 3400, 3450, Remetled-Plattzinn 2700, 2800, Originalhüttenaluminium 9357, Drahtbaren 9407, Banka-Zinn 23 200, 23 500, Hüttenzinn 22 700, 23 000, Reinnickel 11 000, 11 500, Antimon-Regulus 2650, 2750, Silber-Barren 387 500, 390 000, Platin 63 000.

Hamburger Metallmarkt. 16. März. Silber ca. 900 fein, prompt 392.5, 387.5, per März 392.5, 387.5, per April 392.5, 390, per Mai 417.5, 412.5 415; Zinkhütten 3400, 3300, per März 3400, 3300, per April 3400, 3350, per Mai 3600, 3450, umgeschmolzen 2800, 2600; Weichblei, ab Lager 2800, 2700, ab Hütte 2800, 2700, 2750, raffiniert 2500, 2350; Banka-Zinn 24 000, 22 000; Kupfer, greifbar 3750, 7700, raffiniert 7400, 7000, Wirebars 8300, 7900, Antimon 2700, 2600; Aluminium 9250, 9000; Elektrolytkupfer 8300, 7900; Gold 13 200, 13 800; Platin 58 000, 63 000.

Hamburger Altmetallmarkt. 16. März. Kupfer 64.50, 68, Rotguß 48, 50, Messing, leicht 35.50, 37, Messingspäne 36.50, 40, Messingguß 20.25, 21.25, Blei 21.50, 22.25.

Im Mannheimer Produktenbörse. Die Tendenz gestaltete sich sehr ruhig. Käufer, wie Verkäufer nahmen eine abwartende Stellung ein. Man nannte: Weizen mit 90 000 M., Roggen mit 88 000 M., Gerste mit 75—80 000 M., Inlandshaf mit 50—75 000 M., Auslandshaf mit 90—95 000 M., Mais mit 95 000 bis 100 000 M. die 100 kg, bahrfrei Mannheim. Für Mixedmais, in Bremen greifbar, verlangte man 70 000 M. ab Bremen. Kleie war zu 38—40 000 M. und Weizenfuttermehl zu 55—60 000 M. die 100 kg, ab süddeutschen Mühlenstationen am Markte. Für Mehl, Basis 0, verlangte die Mühlen 170 000 M., wogegen zweihändig 135—140 000 M., verlangt wird. Bei einem öffentlichen Verkauf durch Handelsmakler einer Partie Rotklee von 17 70 Zentnern nach Typemuster, wurden 134 000 M. für die 100 kg, ab Station Waldshut erlost.

K. Vom Mannheimer Chemikalienmarkt. Die Lage hat im allgemeinen keine Aenderung erfahren. Angebote liegen vor in Ammoniak-Alaunkristallmehl, erstklassiges Fabrikat, inkl. Sackpackung, ab unbesetztem Lager, M. 1000, Ammon. carbonit, pulv. (Hirschhornsalz, inkl. Faß, ab unbesetztem Lager, 2050 M. Japanwachs, eine der drei bekannten ersten Marken, inkl. Verpackung, verzollt, ab Lager Heidelberg, 9800 M., Kalsalpeter, pulv., erstklassiges Fabrikat, inkl. Faß, etwa 250 kg Inhalt, ab Lager Heidelberg, 3200 M., Kupfervitriol, große Kristalle, 98/99 Proz., inkl. Faß, etwa 250—300 kg Inhalt, nächster Tage greifbar, ab Lager Ludwigs-hafen a. Rh., 2900 M., Leinöl, inkl. Holzbarrel, ab unbesetztem Lager, 5850 M., Natronsalpeter, pulv., erstklassiges Fabrikat, inkl. Sackpackung, etwa 250 kg Inhalt, ab Lager Heidelberg, 2400 M., Paraffin, amerik. weiß in Tafeln, 50/52° C., inkl. Verpackung, verzollt, ab Lager Heidelberg, 2750 M., Siliciummetall, gemahlen, exkl. Verpackung, ab hiesigem Lager, 8000 M., Terpentinöl, prima deutsch, garantiert rein, exkl. Leihensnaß, ab Lager Ludwigs-hafen a. Rh., 11 000 M., Wasserstoffsuperoxid, 30 Proz. med., exkl. Korbfass, ab hiesigem Lager, 6500 M., Brockenschwefel, Ia, inkl. Sackpackung, ab hiesigem Lager, 830 M., Chlorcalcium, geschmolzen, 70/75 Prozent, inkl. Trommelpackung, mit je 300 kg Inhalt, ab hiesigem Lager, 475 M., Chlormagnesium, krist., inkl. Faßpackung, etwa 300 kg enthaltend, ab hiesigem Lager, 475 M., alles per Kilo.

Frankfurter Kursnotierungen:

Table with financial data for Frankfurt, including Deutsche Staatspapiere, Fremde Werte, Banken, and Industrien.

Devisennotierungen:

Table with exchange rates for various cities: w. Frankfurt, 16. März, w. Berlin, 16. März, and Devisenkurse im Freiverkehr.

Berliner Kursbericht

Table with multiple columns listing various stocks and their prices, including categories like 'Versch. festverzinsliche Werte', 'Eisenbahn-Aktien', and 'Bank-Aktien'.

Table with multiple columns listing various stocks and their prices, including categories like 'Bl.-Geb. Hutf.', 'Dankopp', and 'Hannov. Wagz'.

Table with multiple columns listing various stocks and their prices, including categories like 'Lindström', 'Hannov. Wagz', and 'Hannov. Wagz'.

Table with multiple columns listing various stocks and their prices, including categories like 'Union-Chem.-St.', 'Union-Chem.-St.', and 'Union-Chem.-St.'.

Advertisement for 'Die Quelle' featuring an illustration of a person and text describing a shoe product.

Advertisement for 'Ein neuer Beweis' (A new proof) with text describing a product or service.

Advertisement for 'Hauskauf' (House purchase) with text describing real estate services.

Advertisement for 'Druckarbeiten' (Printing work) with text describing printing services.

Advertisement for 'Naturfreund' (Nature friend) with text describing a product or service.

Advertisement for 'Gold- u. Silber' (Gold and silver) with text describing jewelry and metal goods.

Advertisement for 'Gottesdienste 18. März' (Church services on March 18) with text listing various church events.

Advertisement for 'Ankauf von alt Eisen' (Purchase of old iron) with text describing metal recycling services.

Advertisement for 'Mädchen gesucht' (Girls sought) with text describing recruitment for a business.

Advertisement for 'Brotz & Co.' with text describing a bakery or food business.

Advertisement for 'Ankauf von alt Eisen' (Purchase of old iron) with text describing metal recycling services.

Advertisement for 'Ankauf von alt Eisen' (Purchase of old iron) with text describing metal recycling services.

Advertisement for 'Kasse' (Chest) with text describing a storage product.

Advertisement for 'Durlach' with text describing a business or service.

Advertisement for 'Ankauf von alt Eisen' (Purchase of old iron) with text describing metal recycling services.

Advertisement for 'Ankauf von alt Eisen' (Purchase of old iron) with text describing metal recycling services.

Advertisement for 'Lehrling' (Apprentice) with text describing a training program.

Advertisement for 'Ankauf' (Purchase) with text describing a business or service.

Advertisement for 'Ankauf von alt Eisen' (Purchase of old iron) with text describing metal recycling services.

Advertisement for 'Ankauf von alt Eisen' (Purchase of old iron) with text describing metal recycling services.

Advertisement for 'Fuhren' (Transport) with text describing a transportation service.

Advertisement for 'Ankauf' (Purchase) with text describing a business or service.

Advertisement for 'Ankauf von alt Eisen' (Purchase of old iron) with text describing metal recycling services.

Advertisement for 'Ankauf von alt Eisen' (Purchase of old iron) with text describing metal recycling services.